

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen – Kernpunkte grüner Regierungspolitik



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

- 1 **Globalalternative zum Schlusskapitel PB.R-01: Die Antragsteller*innen beantragen,**
2 **den Antrag**
3 **am Ende des Wahlprogramms anstelle des PB.R-01 „Regieren auf Augenhöhe mit der**
4 **Zukunft“**
5 **einzuführen.**

6 -----

- 7 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbarer "Grüner Handschrift" im**
8 **Koalitionsvertrag:**
9 **Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

10 Die Große Koalition produziert Armut und Chaos. Fortschritte hinsichtlich der großen klima-,
11 friedens- und sozialpolitischen Herausforderungen, sowie der Verteidigung unserer
12 freiheitlichen Demokratie sind kaum erkennbar. Wir wollen das beenden. Deshalb und nur
13 deshalb wollen wir Deutschland regieren. In einer Koalition sind Kompromisse unvermeidlich.
14 Deshalb wollen wir unseren Wähler*innen diejenigen Ziele klar benennen, die wir für eine
15 Koalition nicht aufgeben werden.

16 Das betrifft vor allem die beiden großen Bedrohungen unserer Zeit: Den Klimawandel und die
17 zuletzt stark gestiegene nukleare Bedrohung. Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis wird
18 es mit uns nicht geben! Sollten sich mögliche Koalitionspartner hinsichtlich der von uns
19 formulierten zehn Punkte nicht kompromissbereit zeigen, werden wir unsere Anstrengungen
20 verstärken, mit starker Oppositionsarbeit für künftige Wahlen für Mehrheiten für unsere
21 Werte und Ziele zu werben.

22 **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

23 Die Corona Pandemie ist Mahnung und Warnung zugleich. Die weltweite, schon lang
24 andauernde
25 und immer weiter beschleunigte Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt unseres Planeten sind
26 mitverantwortlich für den Ausbruch der Pandemie. Wenn wir daraus nicht lernen, sind künftige
27 Pandemien geradezu vorprogrammiert. Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume zu schützen und
28 die
29 Klimaänderung zu bekämpfen ist eine Menschheitsaufgabe. Alle Erkenntnisse zeigen, dass der
30 Klimawandel bereits die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährdet oder schon
31 vernichtet. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und
32 Aber. Spätestens im Jahr 2030 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir
33 beschleunigen die Energiewende und schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren
34 Energien ab. Den Übergang zur klimaneutralen Industrie werden wir in Zusammenarbeit mit den
35 Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen und der Industrie, sozialverträglich für
36 die Menschen gestalten, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden.

32 Als Mitglied der Europäischen Union werden wir uns ebenso für diesen Übergang zur
33 klimaneutralen Industrie einsetzen wie international. Der Umbau wird nur gelingen, wenn die
34 Menschheit endlich Globalisierung und internationale Kooperation als Chance zur ökologischen
35 und sozialverträglichen Umgestaltung unseres Wirtschaftens nutzt.

36 Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO₂ und andere klimaschädliche Gase
37 ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke, zuerst die Braunkohle-Kraftwerke, schalten wir
38 umgehend ab. Die EU-Klimaschutzziele 2030 beschreiben allerdings nur die Untergrenze des
39 unbedingt Nötigen. Auch für die 40 Zement-herstellende Unternehmen, die den Bedarf der
40 Bauindustrie decken, gelten bisher keinerlei klimawirksame Auflagen. Wir werden uns dafür
41 einsetzen, dass auch hier verbindliche, umweltschützende Grenzwerte eingeführt werden.

42 **2. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

43 Auch wenn in Deutschland 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, bleibt bis zum
44 endgültigen Atomausstieg noch viel zu tun. Die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen, vor
45 allem für die noch lange benötigten Zwischenlager ernst genommen und in wirkungsvolle
46 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Wir bekennen uns zum verabredeten Vorgehen der
Suche

47 sicherer Lager für den Atommüll. Entscheidend für den Lagerstandort sind höchste
48 Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit. Die
49 Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und
50 Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen.

51 Die Produktion von Brennstäben in Lingen und Gronau werden wir umgehend beenden. Hier
wird

52 der Rohstoff für Reaktoren in Dutzenden anderen Ländern erzeugt, denen damit im schlimmsten

53 Fall auch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird. Einer „Modernisierung“ der zivilen Nutzung der
54 Atomenergie erteilen wir eine klare Absage. Am Beispiel der „small nuclear reactors“ zeigt
55 sich, dass dieses Konzept weder ein Beitrag zur sicheren, klimaneutralen Energieversorgung
56 ist, noch den radioaktiven Abfall auf Null reduziert. Vielmehr wird ein weiteres
57 unkontrollierbares Einfallstor zur Proliferation (unkontrollierte Verbreitung von Techniken
58 und waffenfähigem Material) geöffnet.

59 Wir werden mit der umgehenden Unterzeichnung und Ratifizierung des
60 Atomwaffenverbotsvertrages und damit dem Ende der Nuklearen Teilhabe Deutschlands, dafür
61 eintreten, dass eine vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Die letzten Atomwaffen
62 in Büchel werden wir umgehend abgeben. Den aufkeimenden Diskussionen um eine
europäische

63 Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage.

64 **3. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

65 Die wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie werden eine künftige Regierung im Jahr 2022
66 mit aller Härte einholen und treffen. Auch wenn soziale Folgen durch Kurzarbeitergeld,
67 diverse Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, aber besonders große

68 Industriebetriebe der Reisebranche, Automobilindustrie, des Handels u. a., zunächst
69 gemildert wurden, stehen alle Zeichen auf schwere wirtschaftliche Verwerfungen. Bereits

70 jetzt kündigen von Steuerzahler*innen und Sozialabgaben-Zahler*innen geförderte
Unternehmen
71 Massenentlassungen bei gleichzeitiger Dividendenausschüttung an. Als vollkommen
unzureichend
72 haben sich die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen der Kultur, Künstler,
73 Musiker, Freiberufler und so weiter, erwiesen. Fatal zeigen sich bereits in der Corona Krise
74 die katastrophalen Folgen der Privatisierung und Kapitalisierung des Gesundheitswesens:
75 Profitmaximierung führte zu Personalabbau, schlechten Löhnen und einer rein marktgetriebenen
76 Verringerung der Zahl der Krankenhäuser.
77 Die zu erwartenden wirtschaftlichen Umbrüche werden für eine neue Regierung unmittelbar
nach
78 den Wahlen eine ungeheure Herausforderung sein. Maßnahmen zur Ertüchtigung unserer
79 Sozialsysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens sind unumgänglich. Dabei müssen alle
80 Entwürfe auf den Prüfstand. Dazu gehört auch die Prüfung einer Abkehr vom bisherigen
81 Sozialstaatsverständnis. Eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung muss die soziale
82 Ungleichheit in Deutschland verringern. Sie muss sich der Diskussion für neue Modelle (z.B.
83 ein Grundeinkommen für Künstler*innen) öffnen, Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren
84 Wohnraumes ergreifen. Sie muss eine Umverteilung der Steuern und Soziallasten nach sozialen
85 Gesichtspunkten in Angriff nehmen, ohne dabei Energieverschwendung und Autoverkehr zu
86 subventionieren. Und sie muss die kontinuierliche Bevorzugung der hohen privaten Einkommen
87 beenden. Maßnahmen in den Sozialsystemen, die dazu dienen, Menschen in irgendeiner Form
zu
88 schikanieren, unter Zwang zu irgendwelchen Maßnahmen oder Tätigkeiten zu bewegen, lehnen
wir
89 ab und sofern solche bereits angewendet werden, wird eine künftige Regierung unter unserer
90 Beteiligung sie als eine der ersten Amtshandlungen beseitigen.

91 **4. Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

92 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner und ein guter Nachbar.
93 Deshalb werden wir uns am aktuellen Wettrüsten nicht mehr beteiligen. Wir werden stattdessen
94 die Rüstungskosten weiter reduzieren und die freiwerdenden Gelder in zivile Präventions- und
95 Krisen-Interventionsmaßnahmen investieren.
96 Deutschland trägt seit Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen
97 zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen
98 Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite
99 machen und Konflikte dort anheizen.
100 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. CETA und
101 TTIP sind keine fairen Handelsabkommen und daher abzulehnen. Wir wollen die Überfischung
102 durch internationale Fangflotten beenden helfen. Vorrang für uns haben regionale
103 Wirtschaftsstrukturen der durch die rücksichtslose Überfischung betroffenen Küsten Afrikas
104 und anderswo. Den Übergang für die betroffenen Menschen möchten wir in Zusammenarbeit
mit

105 den Arbeitnehmer*innen-Vertretungen und Arbeitsgeber*innen sozialverträglich gestalten. Wir
106 werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern.
107 Der Kampf gegen die Klimaveränderung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Kein Mensch
108 flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die
109 Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen

110 5. **Integration zum Erfolg führen**

111 Gemeinsam mit den europäischen Partner*innen werden wir in der künftigen Regierung, den
112 humanitären Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Der Tod in der Sahara, im
113 Mittelmeer und Atlantik muss ein Ende haben. Allen Maßnahmen, die eine „Festung Europa“
114 fördern, erteilen wir eine Absage. Mit uns gibt es weder eine Grundgesetzänderung für eine
115 Obergrenze beim Asylrecht noch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und
116 Krisengebiete. Wir lehnen das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns
117 das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen
118 ihre Familien nachholen, das ist ein höchstes, humanitäres Gebot. Deutschland war schon
119 immer eine Einwanderungsgesellschaft. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird
120 ein fortschrittliches Einwanderungsgesetz schaffen, das auch außerhalb des Asylrechts,
121 gerechte Einwanderungsmöglichkeiten ermöglicht. Wir werden das Asylrecht zu Gunsten der
122 Asylsuchenden reformieren und uns in den internationalen Organisationen für eine humanitäre
123 Reform der Flüchtlingshilfe einsetzen.

124 6. **Europäische Union stärken - Europa zusammenführen**

125 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der
126 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität
127 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische
128 Modernisierung investieren und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in anderen
129 Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend der europäischen Politik und die daraus
130 entstehenden Entscheidungen für Bürger*innen verstehbar machen. In den Parlamenten
131 müssen
132 wir mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um der Enttäuschung weiter
133 Teile der Bevölkerung in Europa entgegenzuwirken. Wir fordern Investitionen in die soziale
134 und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit. Wir
135 werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, demokratiefeindliche, autoritär-
136 staatliche Tendenzen mit geeigneten Bildungsprogrammen entgegenzutreten. Wir werden uns
137 dafür einsetzen, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zu stärken und den Gedanken
138 der Entwicklung der Europäischen Union von der wirtschaftlichen zur politischen Union zu
139 fördern. Einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der EU sehen wir im anzustrebenden
140 Prozess zum Entwurf einer gemeinsamen, fortschrittlichen, politischen Verfassung der
141 Mitgliedsstaaten der EU. Wirtschaftlich wird sich eine künftige Regierung unter Grüner
142 Beteiligung für die Schließung von Steuerschlupflöchern, der Steuerkonkurrenz und gegen alle
143 Formen der Steuervermeidung einsetzen.

143 7. **Familien stärken, Kinder fördern, Ältere schützen**

144 Die Corona Pandemie hat einen fatalen gesellschaftlichen Rückfall bewirkt. Eine der
145 Maßnahmen war die Auslagerung der Arbeit in die Haushalte der Arbeitnehmer*innen. Dabei
146 blieb weder berücksichtigt, wer etwa steigende Energiekosten übernimmt, noch, wer am Ende

147 den „Preis“ für die enorme Mehrbelastung in den Familien trägt. Es sind aktuell einmal mehr
148 Frauen, denen einerseits die Belastungen aus Beruf und andererseits die Belastungen aus
149 Haushalt, Kinder, Küche aufgenötigt werden. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung
150 wird sich einer Fortsetzung dieses konservativen Rückschrittes mit geeigneten Maßnahmen
151 entgegenstellen. Alle Unterlassungen zur Zementierung dieses unhaltbaren Zustandes, werden
152 wir zurückweisen.

153 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in die – durch Corona stark
154 geschwächte – Bildung und in bessere Kita-Qualität. Wir schaffen intakte und zeitgemäß gut
155 ausgestattete Schulen, die auf dem neuesten Stand fit gemacht werden, auch für künftige,
156 leider nicht auszuschließende Pandemien. Wir beseitigen endlich die Kinderarmut und
157 verbessern die Familienförderung.

158 8. **Mobilität neu definieren – Verkehr sinnvoll verringern, ÖPNV stärken, E-**
159 **Mobilität zum**
Durchbruch verhelfen

160 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.
161 Zahlreiche Lösungsentwürfe, Studien und Planungen liegen in den Schubladen kompetenter
162 Wissenschaftler*innen, der Industrie und der Politik. Eine künftige Regierung unter Grüner
163 Beteiligung muss mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verkehrsverringern
beginnen,
164 bereits eingeleitete Entwicklungen unterstützen und für gesellschaftliche Akzeptanz werben.
165 Die aktuelle Pandemie hat einen starken Digitalisierungsschub ausgelöst, der den Umfang des
166 Berufsverkehrs teilweise erkennbar verringert hat. Hier wird eine im Umfang nicht
167 abschätzbare Verhaltensänderung erwartet. Die Bauwirtschaft wird betroffen sein, der Bedarf
168 an Dienstfahrzeugen dürfte sinken, während die Anforderungen an digitale Zusammenarbeit
169 steigen werden.

170 Sowohl der ÖPNV als auch das wirtschaftliche Transportwesen bedürfen einer existenziellen
171 Reform und Ertüchtigung. Der ÖPNV muss für die aktuelle und künftig zu erwartenden
Pandemien
172 fit gemacht werden. Für das Transportwesen müssen kombinierte Fernverkehrssysteme (Bahn)
und
173 umweltschonende LKW gefördert werden. Deutsche Blockaden, wie die Zugänge zu den
174 Alpenquerungen per Bahn, müssen umgehend beendet werden. Kleinteiliges Denken und
sinnfreier
175 Streit über „Antriebsarten“ sollte beendet werden und an dessen Stelle pragmatisch nach
176 Sinn, Zweck und Ziel von Transport gefragt werden.

177 Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir neue Modelle, bessere Übergangsmöglichkeiten
178 vom Rad zum Bus und Zug, regelmäßige Anbindung aller Ortschaften mit angepassten
Systemen
179 (Ruf- und Sammelbuslinie usw.).

180 9. **Freiheit bewahren, Sicherheit stärken, Gefahren vorbeugen**

181 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus ist eine der Bedrohungen
182 unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte sich in unserem Land viel zu lange ohne wirksame
183 Abwehr ausbreiten. Berichte aus der Mitte der Dienste und der Einrichtungen die zur
184 Sicherheit unserer Bürger*innen und dem Schutz der Gesellschaft und ihrer Verfassung dienen,

185 erregen Besorgnis. Sie weisen kaum zu übersehende Defizite hinsichtlich des Verständnisses
186 von Demokratie, Freiheit, Menschenrecht, Asylrecht, bürgerliche Rechte, Meinungsfreiheit,
187 Datenschutz usw., auf. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich
188 unverzüglich der Überprüfung und ggf., der Reform der Ausbildung in Polizei, Bundeswehr,
189 Anwalt- und Richter*innenschaft annehmen. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches
190 und menschenverachtendes Gedankengut bis hin zu Mordaufrufen (NSU 2.0, KSK, Mordlisten)
191 haben keinen Platz in den Einrichtungen unseres Rechtsstaates und müssen als Verbrechen
192 geahndet werden. Vertreter*innen solchen Gedankengutes müssen aus dem Dienst entlassen
und
193 strafrechtlich verfolgt werden.

194 Polizei, Bundeswehr und andere Dienste, die Gerichte und andere Einrichtungen des
195 demokratischen Rechtsstaates müssen prioritär wieder in die Lage versetzt werden, ihren
196 Aufgaben nachzukommen. Eine Grüne Beteiligung in der Regierung erfordert den
197 Personalnotstand, die digitale Unterversorgung und die materiellen Mängel in den der
198 Sicherheit dienenden Einrichtungen zu beseitigen. Dazu gehören in besonderem Maße die
199 Prüfung, Modernisierung und Stärkung der Ausbildungseinrichtungen.

200 10. **Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

201 Der größte Teil der Landwirtschaft ist von der chemischen Industrie abhängig. Eine Regierung
202 unter Grüner Beteiligung wird Maßnahmen ergreifen, die Rechte der ökologisch orientierten
203 Landwirtschaft gegenüber den Interessen der chemischen Industrie zu stärken.

204 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die das Klima schützt, statt ihm zu
205 schaden, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, statt sie zu verschmutzen, die den
206 Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, statt Bienen- und Vogelsterben zu
207 verursachen. Das Ziel ist, Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umzustellen –
208 ohne Massentierhaltung, Ackergifte, Gentechnik und Hormonverabreichung und mit guten und
209 sicheren Arbeitsplätzen. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die
210 Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns für ein neues Tierschutzrecht ein,
211 um die industrielle Massentierhaltung durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Mit den
212 Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung sozialverträgliche
213 Übergangsregelungen vereinbaren.

214 **Unser verbindliches Angebot**

215 Diese zehn Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen. Sie zeigen die unverzichtbaren
216 Mindestanforderungen an eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung, ob nun als
217 Mehrheitspartei oder als „zweite*r“ Partner*in einer möglichen Koalition. Es ist
218 unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von
219 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Dabei wird es mit den Parteien
220 CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE oder möglicherweise einer neu in den Bundestag einziehenden
221 demokratischen Partei zu Koalitionsgesprächen kommen. Wir erwarten von unseren
Abgeordneten,
222 diese 10 Punkte als essenzielle Mindestforderungen der Grünen Partei zu verhandeln, wenn sie
223 sich an einer Regierung beteiligen soll. Je stärker die Grünen im nächsten Deutschen
224 Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir haben, um diese
225 Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es nicht. Sollte es

- 226 erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in
227 einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen.
- 228 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte
229 lebenswerte, dem Klima- und Umweltschutz, dem Frieden und den Menschenrechten
verpflichtete
230 Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Begründung

Wir, die Antragsteller*innen, halten es für unerlässlich, den Wähler*innen transparent und offen vor der Wahl zu sagen, was sie im Zuge von Koalitionsverhandlungen, als essenzielle Grüne Agenda unserer in den Bundestag entsandten Abgeordneten bei einer Regierungskoalition, erwarten dürfen. Ex-Kanzler Schröder sprach einmal von der „nötigen Beinfreiheit“, die es für Koalitionsverhandlungen brauche. Diese wollen wir mit dem 10-Punkte für grünes Regieren nicht einschränken. Dennoch gibt es in jeder Verhandlung eine rote Linie. Unsere Partei ist kein „Geheimbund“. Es ist kein Nachteil, das Gegenüber bei Verhandlungen frühzeitig von den Grenzen des Machbaren in Kenntnis zu setzen. Im Gegenteil. Das spart Zeit und die Verhandlungspartner*innen können sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Der 10-Punkte Plan ist die Zusammenfassung unseres Grundsatzprogrammes und spiegelt die im Entwurf des Wahlprogrammes entwickelten Ziele für die Regierungsarbeit der kommenden vier Jahre, sollten wir GRÜNE an einer Regierung beteiligt sein.

Wenn an der einen und anderen Stelle im Zuge der Programm-Debatte des Parteitages einzelne Punkte nach Beschlusslage modifiziert werden müssen, spricht das nicht gegen den 10 Punkte Plan als Anhang. Die Antragsteller*innen sind, für sich daraus ergebende, notwendige Änderungen natürlich aufgeschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Christopher Graf (KV Goslar); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land)